



Verwaltungsrat

350. Tagung, Genf, 4.–14. März 2024

Sektion Politikentwicklung

POL

Segment Multinationale Unternehmen

Datum: 07. Februar 2024

Original: Englisch

Fünfter Punkt der Tagesordnung

Förderaktivitäten im Zusammenhang mit der Dreigliedrigen Grundsatzerklärung über multinationale Unternehmen und Sozialpolitik, auch im Zusammenhang mit relevanten Entwicklungen außerhalb der IAO

Zweck der Vorlage

Diese Vorlage bietet einen Überblick über die Förderung der Dreigliedrigen Grundsatzerklärung über multinationale Unternehmen und Sozialpolitik (MNU-Erklärung) sowie darüber, wie die Mitgliedsgruppen deren Grundsätze und operative Instrumente anwenden, um menschenwürdige Arbeit und soziale Gerechtigkeit voranzubringen, auch im Zusammenhang mit relevanten Entwicklungen außerhalb der IAO. Der Verwaltungsrat stellte zuletzt im November 2022 umfassende Orientierungshilfe bereit und fasste im Zusammenhang mit der MNU-Erklärung auf seiner 346., 347. und 349. Tagung zusätzliche Beschlüsse zu anderen Tagesordnungspunkten. Das Amt ersucht um weitere Orientierungshilfe für die laufenden und neuen Förderaktivitäten und um einen Beschluss zum regionalen Folgemechanismus (siehe den Beschlussentwurf in Absatz 41).

Einschlägiges strategisches Ziel: Alle.

Einschlägige Ergebnisvorgabe: Ergebnisvorgabe 4: Nachhaltige Unternehmen als Motoren der Beschäftigung und Förderer von Innovation und menschenwürdiger Arbeit.

Grundsatzpolitische Konsequenzen: Gestärkte Partnerschaften für verantwortungsbewusstes unternehmerisches Handeln innerhalb und außerhalb der IAO.

Rechtliche Konsequenzen: Diese hängen vom Beschluss des Verwaltungsrats ab, den regionalen Folgemechanismus der MNU-Erklärung während des Zeitraums 2024–28 auszusetzen.

Finanzielle Konsequenzen: Keine.

Erforderliche Folgemaßnahmen: Ja.

Verfasser: Hauptabteilung Unternehmen (ENTERPRISES).

Verwandte Dokumente: GB.350/INS/7, GB.350/POL/2, GB.350/PFA/1 und [GB.346/POL/5](#).

► Einleitung

1. Die Initiativen zur Förderung nachhaltiger Unternehmen und zur Erleichterung des Beitrags des Privatsektors zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDG) werden nach wie vor ausgeweitet, was neue Möglichkeiten schafft, menschenwürdige Arbeit und soziale Gerechtigkeit voranzubringen. Die Dreigliedrige Grundsaterklärung über multinationale Unternehmen und Sozialpolitik (MNU-Erklärung) ist ein zentrales Instrument zur Förderung nachhaltiger Unternehmen. Sie bietet Regierungen, Sozialpartnern und Unternehmen direkte Orientierungshilfe in Bezug auf Beschäftigung, Ausbildung, Arbeits- und Lebensbedingungen und Arbeitsbeziehungen, indem sie den positiven Beitrag multinationaler Unternehmen zum wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt und zu menschenwürdiger Arbeit für alle fördert und die Schwierigkeiten, die bei ihren Tätigkeiten auftreten können, mindert und behebt. Die Grundsätze der Erklärung, deren Einhaltung den Unternehmen auf freiwilliger Basis empfohlen wird, sind für alle Politikziele und -interventionen der IAO von Belang. Als dreigliedrig vereinbartes globales Instrument spielt sie eine zentrale Rolle hinsichtlich des Engagements der IAO für die grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit und für verantwortungsbewusstes unternehmerisches Handeln, die in der Agenda für Handel und Investitionen zunehmend Berücksichtigung finden.
2. Der Verwaltungsrat der IAO ist für die Überwachung der Förderung der MNU-Erklärung verantwortlich und überprüft regelmäßig die damit verbundene Strategie und die entsprechenden Aktivitäten. Der Verwaltungsrat stellte zuletzt im November 2022 ¹ umfassende Orientierungshilfe bereit und fasste auf seiner 346., 347. und 349. Tagung im Zusammenhang mit der MNU-Erklärung zusätzliche Beschlüsse zu anderen Tagesordnungspunkten. ²
3. Diese Vorlage bietet einen Überblick darüber, wie die in der MNU-Erklärung enthaltenen Grundsätze und operativen Instrumente derzeit vom Amt gefördert und von den Mitgliedsgruppen angewendet werden, auch im Zusammenhang mit relevanten Entwicklungen außerhalb der IAO.

► A. Verstärkte Förderung

1. Unterstützung der Mitgliedsgruppen im Hinblick auf eine bessere Nutzung der MNU-Erklärung

Das Amt und das Internationale Ausbildungszentrum der IAO **verstärkten ihre Sensibilisierungs- und Kapazitätsaufbaumaßnahmen** zur MNU-Erklärung, auch im **Rahmen eines verantwortungsbewussten unternehmerischen Handelns**. Mehrere neuere Strategien der IAO,³

¹ GB.346/POL/PV, Abs. 793–821.

² Siehe den Beschluss GB.346/INS/3/3/Decision, aus dem die **6. Auflage der MNU-Erklärung** hervorging, die derzeit in den sieben Amtssprachen (Arabisch, Chinesisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch) sowie in Italienisch, Niederländisch, Portugiesisch und Türkisch vorliegt, wobei weitere Sprachfassungen in Vorbereitung sind; GB.347/INS/PV(Rev.), Abs. 401–440, und GB.349/INS/9(Rev.1)/Decision.

³ Darunter die **IAO-Strategie für menschenwürdige Arbeit in Lieferketten**, die **IAO-Strategie und der IAA-Aktionsplan**, die der **Entschließung zu einem gerechten Übergang zu ökologisch nachhaltigen Volkswirtschaften und Gesellschaften für alle** Wirkung verleihen sollen, die **Globale Arbeitsschutzstrategie der IAO 2024–30** und **Aktionsplan für deren Umsetzung**, die

Ergebnisdokumente von IAO-Regionaltagungen und dreigliedrige Schlussfolgerungen der IAO-Sektortagungen ⁴ nehmen Bezug auf die MNU-Erklärung und eröffnen Möglichkeiten zur Unterstützung der Mitgliedsgruppen bei einer besseren Nutzung der Erklärung.

4. Die Unterstützung der IAO für die Mitgliedsgruppen ist bedarfsorientiert, was sich in den Landesprogrammen für menschenwürdige Arbeit und den im Programm und Haushalt der IAO aufgestellten vorrangigen Ergebnisvorgaben auf Landesebene niederschlägt. Die Ergebnisvorgaben auf nationaler Ebene sind im Bericht *Durchführung des Programms der IAO 2022–23* aufgeführt, insbesondere unter Ergebnisvorgabe 4. ⁵
5. Dank der durchgängigen Einbeziehung der Förderung der MNU-Erklärung in die einschlägige Entwicklungszusammenarbeit konnte das Amt die dreigliedrigen Mitgliedsgruppen in größerem Umfang bei der Nutzung der Grundsätze und operativen Instrumente unterstützen und die Erklärung auf nationaler und Sektorebene weiter fördern. ⁶

2. Förderung und Stärkung der operativen Instrumente der MNU-Erklärung

6. Der Verwaltungsrat nahm operative Instrumente an,⁷ die die Übernahme der MNU-Erklärung durch alle Parteien sowie ihre Fähigkeit zur Umsetzung der darin enthaltenen Grundsätze fördern sollen, und forderte zudem eine weitere Stärkung dieser Instrumente. ⁸

I. Regionale Folgemaßnahmen

7. Der in Anhang II der Erklärung beschriebene regionale Folgemechanismus „umfasst einen Regionalbericht über die Förderung und Anwendung der MNU-Erklärung in den IAO-Mitgliedstaaten in der jeweiligen Region. Die Regionalberichte beruhen hauptsächlich auf Angaben der Regierungen und der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände in diesen Mitgliedstaaten auf der Grundlage eines Fragebogens, und eine Sondersitzung während der IAO-Regionaltagungen bietet eine dreigliedrige Dialogplattform zur Erörterung weiterer Förderungstätigkeiten auf regionaler Ebene. Die regionale Berichterstattung beruht auf einem Vierjahreszyklus mit einem Bericht, der dem Verwaltungsrat am Ende jedes Zyklus vorzulegen ist.“
8. Der Verwaltungsrat erörterte den Gesamtbericht über den ersten Vierjahreszyklus der regionalen Folgemaßnahmen auf seiner 332. Tagung. ⁹ Für den zweiten Zyklus wurden Regionalberichte erstellt und während der [Regionaltagungen für Amerika, Afrika](#) sowie für [Asien und den Pazifik](#) bei Sondersitzungen dreigliedrige Diskussionen abgehalten. In der Erklärung von Panama ([Panama Declaration for the ILO Centenary: The future of work in the Americas](#) ¹⁰) und

[Integrierte Strategie 2017–23 zu den grundlegenden Prinzipien und Rechten bei der Arbeit](#) und die [Umfassende und integrierte Strategie der IAO zur Verringerung und Vermeidung von Ungleichheit in der Welt der Arbeit](#).

⁴ Siehe beispielsweise die Schlussfolgerungen der Fachtagung zur Digitalisierung im Einzelhandel als Motor für wirtschaftliche Erholung und menschenwürdige Arbeit (25.–29. September 2023), Absätze 15 und 20; die Schlussfolgerungen und Empfehlungen der Fachtagung zu menschenwürdiger und nachhaltiger Arbeit in der Binnenschifffahrt (20.–24. November 2023), Absatz 19 n); und den IAO-Verhaltenskodex für den Arbeitsschutz in der Textil-, Bekleidungs-, Leder- und Schuhindustrie, Absatz 11.

⁵ Siehe GB.350/PFA/1.

⁶ Siehe Abschnitt 3 und Abschnitt 2 ii) dieser Vorlage.

⁷ Siehe Anhang II der MNU-Erklärung.

⁸ Siehe [GB.346/PV](#), Abs. 821.

⁹ Siehe [GB.332/POL/6](#) und [GB.332/PV](#).

¹⁰ Absatz 11 xii) „Policies to promote a just transition“.

der Erklärung von Abidjan ([Abidjan Declaration – Advancing Social Justice: Shaping the future of work in Africa](#) ¹¹) ergeht die Forderung nach einer weiteren Förderung der MNU-Erklärung. Die Folgemaßnahmen für die Region Europa wurden aufgrund der Verschiebung der europäischen Regionaltagung sowie der Diskussionen über das künftige Format der IAO-Regionaltagungen ausgesetzt.

9. Im Beschluss 349/INS/9(Rev.1) des Verwaltungsrats wird das Amt ersucht, „Optionen zur optimalen Nutzung des regionalen Folgemechanismus der Dreigliedrigen Grundsatzerklärung über multinationale Unternehmen und Sozialpolitik im Rahmen des neuen Formats der künftigen Regionaltagungen der IAO auszuloten“. ¹²
10. Das Amt schlägt vor, die regionalen Folgemaßnahmen der MNU-Erklärung zeitlich mit der Versuchsperiode 2024–28 für die IAO-Regionaltagungen abzustimmen, damit die Regionen die nachstehenden Optionen in Erwägung ziehen können.
 - a) Eine der themenbezogenen Podiumsdiskussionen widmet sich speziell der Frage, wie Unternehmen, einschließlich multinationaler Unternehmen, und der Privatsektor besser zu menschenwürdiger Arbeit und sozialer Gerechtigkeit in der Region beitragen könnten, wofür das Amt einen kurzen thematischen Bericht (zehn Seiten) erstellen würde.
 - b) Eines der Tagungssegmente auf hoher Ebene beinhaltet eine Podiumsdiskussion, bei der Minister, führende Vertreter von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden, hochrangige Vertreter des Systems der Vereinten Nationen (UN) sowie Vertreter von internationalen Finanzinstitutionen, Regionalorganisationen, Unternehmen und den Entwicklungspartnern die Frage der Politikkohärenz bei der Förderung des Beitrags nachhaltiger Unternehmen und des Privatsektors zu menschenwürdiger Arbeit und sozialer Gerechtigkeit in der Region erörtern.
 - c) Eine Sondersitzung wie bei früheren IAO-Regionaltagungen, die eine dreigliedrige Dialogplattform zur Erörterung weiterer Förderaktivitäten im Zusammenhang mit der MNU-Erklärung auf regionaler Ebene bietet, wird in Betracht gezogen.
11. Der Verwaltungsrat könnte die Aussetzung des derzeitigen regionalen Folgemechanismus während der Versuchsperiode in Betracht ziehen, damit die Regionen über die am besten geeignete Option für die regionalen Folgemaßnahmen zur MNU-Erklärung entsprechend den regionalen Gegebenheiten und Prioritäten entscheiden können. Somit würde jede Region darüber entscheiden, wie sie die regionalen Folgemaßnahmen zur MNU-Erklärung bei der betreffenden Regionaltagung optimal nutzt, wie sie Beiträge von Regierungen, Arbeitgebern und Arbeitnehmern einholt, wie das Thema des thematischen Berichts lauten würde und wie die dreigliedrigen Mitgliedsgruppen die weitere Förderung des Instruments auf regionaler Ebene erörtern werden.
12. Die Aussetzung der derzeitigen regionalen Folgemaßnahmen würde bedeuten, dass das Amt den Gesamtbericht über den zweiten Vierjahreszyklus, der mit der 19. Amerikanischen Regionaltagung (2018) begann, nicht fertigstellen würde. Stattdessen könnte der Verwaltungsrat das Amt ersuchen, einen Bericht zu erstellen, der nach der Versuchsperiode 2024–28/2025–29 für die Regionaltagungen als Diskussionsgrundlage dienen und sich damit befassen würde,

¹¹ Im Rahmen der Maßnahmen zur Stärkung der Fähigkeiten aller Menschen, die Chancen einer sich wandelnden Arbeitswelt zu nutzen, Absatz 1b) xi).

¹² Während der laufenden Tagung des Verwaltungsrats werden auch die vorgeschlagenen Vorkehrungen für die IAO-Regionaltagungen während der Versuchsperiode 2024–28 geprüft, siehe GB.350/INS/7.

wie die vier Regionen die regionalen Folgemaßnahmen zur MNU-Erklärung im Rahmen der IAO-Regionaltagungen optimal genutzt haben.

II. Förderung auf nationaler Ebene/Förderung durch dreigliedrig benannte nationale Anlaufstellen

13. Entsprechend den Prioritäten und Anforderungen der Mitgliedsgruppen auf Landesebene unterstützt das Amt weiterhin Sensibilisierungs- und Kapazitätsaufbaumaßnahmen. In Cabo Verde, Côte d'Ivoire, Madagaskar, Mosambik und Nigeria führten die Mitgliedsgruppen nationale Dialoge, wobei sie die MNU-Erklärung als Rahmen für verantwortungsbewusstes unternehmerisches Handeln und menschenwürdige Arbeit in Lieferketten heranzogen. Mehrere Mitgliedstaaten legten nationale Fahrpläne fest oder veranstalteten Rundtischgespräche, um die Herausforderungen und Chancen in Bezug auf menschenwürdige Arbeit in bestimmten Sektoren zu erörtern. Ägypten, Äthiopien, Nigeria und Südafrika leiteten interministerielle Verfahren ein, um die Handels- und Investitionspolitik stärker an den Prioritäten für menschenwürdige Arbeit auszurichten. In Lateinamerika wurden Maßnahmen zur Unterstützung von Arbeitgeberverbänden, darunter für kolumbianische Kaffee- und Palmölproduzenten, chilenische und argentinische Weinerzeuger und den costa-ricanischen Zuckerrohrverband, durchgeführt. Außerdem wurde in Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Panama und Peru regionaler Kapazitätsaufbau für Arbeitnehmerverbände betrieben sowie Unterstützung auf Landesebene bereitgestellt.¹³ Ein dreigliedriges Regionalseminar erleichterte den Erfahrungsaustausch zwischen dreigliedrigen Mitgliedsgruppen aus Argentinien, Chile, Costa Rica, Ecuador, Guatemala, Honduras, Kolumbien, Panama und Peru. Es wurden Länderfallstudien erstellt, um einige dieser Erfahrungen festzuhalten, und im Bericht über die Durchführung des Programms der IAO 2022–23 wird über die Ergebnisse informiert.
14. In der MNU-Erklärung werden die Gast- und Heimatländer der MNU aufgefordert, einander zu konsultieren,¹⁴ um Kooperationsmöglichkeiten zur Förderung von menschenwürdiger Arbeit zu ermitteln, wie es auch in der Strategie der IAO für menschenwürdige Arbeit in Lieferketten zum Ausdruck kommt. Das Amt fördert und unterstützt solche Dialoge als wichtiges Mittel zur Förderung der Grundsätze auf nationaler Ebene, auch durch die dreigliedrig benannten nationalen Anlaufstellen.
15. Elf Mitgliedstaaten haben nationale Anlaufstellen für die Förderung der MNU-Erklärung benannt und diese Bemühungen somit stärker institutionell verankert. Die Zusammensetzung dieser nationalen Anlaufstellen entspricht dem nationalen Kontext und den von ihnen verfolgten Zielen. Die nationalen Anlaufstellen von Côte d'Ivoire, Ghana, Madagaskar, Senegal, Sierra Leone und Togo beispielsweise setzen das Instrument ein, um die Chancen der wirtschaftlichen Diversifizierung durch den Zufluss ausländischer Direktinvestitionen und Handelserleichterungen sowie die Chancen des Übergangs zu einer ökologisch nachhaltigen Produktion zu stärken.
16. In anderen Regionen, hauptsächlich in Europa und Lateinamerika, haben weitere Mechanismen, insbesondere die Nationalen Kontaktstellen (NKS) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), ihr Interesse bekundet, neben den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen zu verantwortungsvollem unternehmerischem Handeln auch

¹³ An dem Seminar waren auch die OECD, der Globale Pakt der UN, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) und das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) beteiligt.

¹⁴ Siehe MNU-Erklärung, Absatz 12 und Anhang II, Operatives Instrument 1 b) „Förderung auf nationaler Ebene/Förderung durch dreigliedrige benannte Anlaufstellen“.

die MNU-Erklärung zu fördern, vor allem in Ländern, wo die NKS als nationale Ressourcenzentren für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln fungieren, interministerieller Aufsicht unterstehen und die Sozialpartner einbeziehen, etwa in Belgien und Chile. Die IAO und die OECD fördern weiterhin Politikkohärenz in Bezug auf verantwortungsbewusstes unternehmerisches Handeln, unter anderem durch den Aufbau von Kapazitäten der NKS im Hinblick auf Arbeitnehmerrechte und die MNU-Erklärung.

III. Stärkung des IAA-Helpdesks für Unternehmen

17. Das [IAA-Helpdesk für Unternehmen zu den internationalen Arbeitsnormen](#) wird nach wie vor sehr häufig genutzt, und zwar sowohl dank eines vertraulichen und kostenlosen sachkundigen Beratungsangebots (im Durchschnitt 140 Einzelanfragen pro Jahr) als auch aufgrund seiner umfassenden Webseite, die monatlich etwa 50.000 Besuche verzeichnet¹⁵ und regelmäßig aktualisiert wird.
18. Die Strategie der IAO zu menschenwürdiger Arbeit in Lieferketten sieht die Stärkung des IAA-Helpdesks für Unternehmen vor, das fachliche Beratung und Produkte bereitstellen soll, um Unternehmen sowie Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände bei ihren Bemühungen um die Einhaltung der Sorgfaltspflicht im Einklang mit den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und der MNU-Erklärung zu unterstützen, indem es einschlägige Informationen des Aufsichtsmechanismus der IAO, Länderdaten und Informationen zu menschenwürdiger Arbeit in Lieferketten verfügbar macht. Das Amt hat mit der Erstellung der Inhalte begonnen, die als Grundlage für die Konsultationen dienen werden.

IV. Dialog zwischen Unternehmen und Gewerkschaften

19. Der [Dialog zwischen Unternehmen und Gewerkschaften](#) ist eine Dienstleistung für ein multinationales Unternehmen und eine Gewerkschaft, die die IAO gemeinsam um die Moderation eines Dialogs zu Fragen von beiderseitigem Interesse ersuchen. Das Verfahren wird in erster Linie über das IAA-Helpdesk für Unternehmen und die Sekretariate der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmergruppe bekannt gemacht, unter anderem durch ein gemeinsam erarbeitetes [Dokument mit entsprechenden Fragen und Antworten](#). Der Dialog zwischen dem Unternehmen und den Gewerkschaften beruht auf einem Konsens der Parteien, und sein Inhalt darf nicht für irgendein verbindliches Verfahren verwendet werden.
20. Die Sozialpartner haben das Amt ersucht, das Verfahren auf verschiedenen Tagungen vorzustellen. Auch in der Strategie der IAO zu menschenwürdiger Arbeit in Lieferketten wird die aktive Förderung des Dialogs zwischen Unternehmen und Gewerkschaften gefordert. Bisher hat das Amt sechs solcher freiwilligen und vertraulichen Verfahren erleichtert und befasst sich derzeit mit einer weiteren Anfrage.

3. Noch systematischere Berücksichtigung der MNU-Erklärung in den einschlägigen Programmen der Entwicklungszusammenarbeit und bei der Zusammenarbeit der IAO mit Unternehmen

21. Mit dem Aktionsprogramm des IAA zu Ergebnissen in Bezug auf menschenwürdige Arbeit in Lieferketten wird die durchgängige Einbeziehung der MNU-Erklärung in die einschlägige Entwicklungszusammenarbeit koordiniert, um die Mitgliedsgruppen bei der besseren Nutzung

¹⁵ Siehe auch [ILO Helpdesk for Business: Update report on the expert advice service and website](#). Ein Überblick über die Zahlen für den Zeitraum März 2023 bis Februar 2024 ist derzeit in Vorbereitung.

ihrer Grundsätze und operativen Instrumente zu unterstützen. Diese systematische Berücksichtigung findet bereits statt und könnte angesichts der Relevanz der MNU-Erklärung für alle Politikziele der IAO und der in Teil B dieser Vorlage beschriebenen anhaltenden Entwicklungen im Zusammenhang mit verantwortungsbewusstem unternehmerischem Handeln, Handel und Investitionen weiter ausgebaut werden. Die Förderung der grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit, die Unternehmensnetzwerke der IAO, die Globale Koalition für soziale Gerechtigkeit und die anstehenden UN-Gipfel¹⁶ bieten zusätzliche Möglichkeiten, die Unternehmen zu ermutigen, ausgehend von den Grundsätzen der MNU-Erklärung einen Beitrag zu menschenwürdiger Arbeit und sozialer Gerechtigkeit zu leisten.

22. Projekte zur Förderung der grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit, etwa das Projekt [Accelerating action for the elimination of child labour in supply chains in Africa](#) (ACCEL AFRICA), unterstützen die Mitgliedsgruppen und Unternehmen bei der Nutzung der MNU-Erklärung, um Defizite in Bezug auf menschenwürdige Arbeit in den Lieferketten zu beheben und die Grundursachen von Kinderarbeit zu bekämpfen. Weitere Möglichkeiten bieten die mit der [Plattform gegen Kinderarbeit](#) verbundenen Projekte auf Landesebene. In der globalen Strategie des [Vision Zero Fund](#) 2024–28 wird die systematische Berücksichtigung der MNU-Erklärung im Fonds als eine der strategischen Prioritäten benannt und Rückhalt für dreigliedrige nationale Dialoge sowie Dialoge zwischen Heimat- und Gastländern bekundet, die die Entwicklungsländer bei der Umsetzung der internationalen Arbeitsnormen zur Bewältigung der Herausforderungen im Bereich Arbeitsschutz im Einklang mit den Bestimmungen der MNU-Erklärung unterstützen sollen.
23. Das Projekt [Handel für menschenwürdige Arbeit](#) zielt darauf ab, die Anwendung der grundlegenden Übereinkommen der IAO in den Ländern, die Handelspartner der Europäischen Union sind, zu verbessern, unter anderem durch die Förderung der MNU-Erklärung. Das Projekt [Mainstreaming Employment into Trade and Investment in the Southern Neighbourhood](#) (METI) fördert die MNU-Erklärung und ihre Grundsätze in regionalen Workshops, die Regierungsbeamte aus Arbeits-, Handels- und Investitionsministerien mit Sozialpartnern und nationalen Sonderorganisationen zusammenbringen. Auch die Projekte [Advancing Decent Work and inclusive industrialization in Ethiopia](#) und [Advancing the Decent Work Agenda in North Africa](#) (ADWA) dienen der Unterstützung der Mitgliedsgruppen bei der Nutzung der MNU-Erklärung zur Förderung von menschenwürdiger Arbeit.
24. Das von der Europäischen Union, der IAO, dem Hohen Kommissariat der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) und der OECD getragene Projekt [Responsible Business Conduct in Latin America and the Caribbean \(RBCLAC\)](#) förderte die Zusammenarbeit zwischen den Durchführungsorganisationen sowie Synergien mit anderen internationalen Organisationen und weiteren regionalen Projekten und Initiativen der IAO, etwa der Regionalinitiative für ein [Lateinamerika und eine Karibik ohne Kinderarbeit](#). Der Erfolg des Projekts RBCLAC veranlasste die Mitgliedsgruppen in Guatemala und Honduras, ähnliche Unterstützung zu beantragen. Für Afrika südlich der Sahara wird derzeit ein regionales Projekt zum Thema verantwortungsbewusstes unternehmerisches Handeln entwickelt, das von der IAO, der OECD, dem OHCHR, dem UNDP und dem Internationalen Handelszentrum durchgeführt werden soll. Beide Regionalprogramme sind Teil der Maßnahmen, die die geplante Richtlinie der Europäischen Union über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit flankieren sollen, und bieten Möglichkeiten, Mitgliedsgruppen und Unternehmen außerhalb der Europäischen Union auf dem Weg zu nachhaltigeren Geschäftspraktiken im Einklang mit der MNU-Erklärung

¹⁶ Etwa der UN-Zukunftsgipfel 2024 und der UN-Weltsozialgipfel 2025.

zu unterstützen, z.B. über das neue globale Projekt [Human Rights Due Diligence in support of Decent Work](#).

25. Zu den sektorspezifischen Projekten gehört das [Programm Better Work der IAO und der Internationalen Finanz-Corporation](#), das die MNU-Erklärung und ihre Instrumente, einschließlich der Dialoge zwischen Heimat- und Gastländern sowie des Dialogs zwischen Unternehmen und Gewerkschaften, fördert. Better Work ist in vielen der Länder präsent, in denen Anstrengungen zur durchgängigen Einbeziehung der MNU-Erklärung in die Entwicklungszusammenarbeit unternommen werden, darunter Ägypten, Äthiopien und Madagaskar. Zudem wurden damit sowohl die MNU-Erklärung als auch der IAA-Helpdesk für Unternehmen in Partnerforen des Programms in Europa und Nordamerika besser bekannt gemacht. In Asien unterstützte das [Projekt zu inklusiven und verantwortungsbewussten Lieferketten](#) Mitgliedsgruppen in Bangladesch und Vietnam bei der Nutzung der MNU-Erklärung zur Förderung nationaler Prioritäten in Bezug auf menschenwürdige Arbeit. Auf der Grundlage der MNU-Erklärung fördern die Projekte [Sustainable Supply Chains to Build Forward Better](#) und [Supply Chains for a Sustainable Future of Work](#) sektorspezifische Ansätze für menschenwürdige Arbeit in der kolumbianischen Kaffeeproduktion, der namibischen Fischerei, der malaysischen Gummihandschuhproduktion, der vietnamesischen Elektronikindustrie und der madagassischen Textil- und Bekleidungsproduktion, indem sie die Einrichtung von Mechanismen des sozialen Dialogs und die Entwicklung von Politikkonzepten und Maßnahmen zur Schaffung nachhaltiger und widerstandsfähiger Lieferketten und nachhaltiger Unternehmen erleichtern.

► B. Relevante Entwicklungen außerhalb der IAO

26. Die Umsetzung der SDG und die Verwirklichung von menschenwürdiger Arbeit und sozialer Gerechtigkeit sind nur mit nachhaltigen Unternehmen und durch sie zu erreichen. Initiativen zur Erhöhung ihrer Beiträge werden im Zuge intensiver Maßnahmen zur Bewältigung des Klimawandels, des demografischen Wandels, der Migration, der Auswirkungen von Konflikten und fragilen Situationen sowie anderer Herausforderungen weiterhin ausgebaut. Nach wie vor wirkt sich der verstärkte Einsatz digitaler Technologien und künstlicher Intelligenz auf Unternehmen und ihre Tätigkeiten aus, fördert neue Geschäftsmodelle und bietet neue Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten. Es wird wichtig sein, sicherzustellen, dass bei diesen Entwicklungen die in der MNU-Erklärung enthaltenen Orientierungen und bewährten Praktiken berücksichtigt werden, damit menschenwürdige Beschäftigungsmöglichkeiten entstehen können. Die Förderung nachhaltiger Unternehmen, auch durch die MNU-Erklärung, ist ein zentraler Aspekt des Engagements der IAO bei diesen Agenden und Initiativen zur Verwirklichung von menschenwürdiger Arbeit und sozialer Gerechtigkeit.
27. So wird beispielsweise in der [Entschließung zu einem gerechten Übergang zu ökologisch nachhaltigen Volkswirtschaften und Gesellschaften für alle](#) die Rolle der MNU-Erklärung und der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte für einen gerechten Übergang und menschenwürdige Arbeit hervorgehoben,¹⁷ während in der [Strategie und dem Aktionsplan](#) auch die „Stärkung des IAA-Helpdesks für Unternehmen, um nachhaltige, verantwortungsbewusste und inklusive Geschäftspraktiken zur Unterstützung eines gerechten Übergangs zu fördern, [sowie die] Entwicklung von Produkten und Ressourcen zur Unterstützung von Unternehmen“ gefordert wird. Im Rahmen des Aktionsprogramms für gerechte Übergänge zu

¹⁷ Absatz 21 i).

ökologisch nachhaltigen Volkswirtschaften und Gesellschaften wird derzeit ein Pilotprojekt zur Unterstützung von Regierungen, Sozialpartnern, Unternehmen und des Finanzsektors auf der Grundlage der MNU-Erklärung und der IAO-Leitlinien für einen gerechten Übergang zu ökologisch nachhaltigen Volkswirtschaften und Gesellschaften für alle koordiniert, und zwar im Kontext allgemeinerer Diskussionen und Entwicklungen rund um Rahmen, die ökologische, soziale und die Unternehmensführung betreffende Aspekte (ESG) berücksichtigen, sowie der Entwicklung spezifischer Instrumente für Unternehmen und den Finanzsektor.

28. Die Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte, die MNU-Erklärung und die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen zu verantwortungsvollem unternehmerischem Handeln sind die drei wichtigsten Bezugspunkte¹⁸ für den Beitrag der Wirtschaft zu inklusivem Wirtschaftswachstum, menschenwürdiger Arbeit und den SDG. Das Amt fördert deren Abstimmung, Kohärenz und Übernahme durch andere internationale Organisationen und Akteure im breiteren Kontext von Handel, Investitionen, Lieferketten, nachhaltiger Finanzierung, Offenlegung und Transparenz. Der folgende Überblick beleuchtet Entwicklungen in wichtigen Politikbereichen – solche, in denen die IAO eine aktive Rolle spielt, und andere, die sie aufmerksam verfolgt.

1. Wirtschaft und Menschenrechte

29. Das Amt liefert der UN-Arbeitsgruppe für Wirtschaft und Menschenrechte (UNWG) Input für ihre [Länderbesuche](#) und ihre thematischen Berichte an den Menschenrechtsrat und die UN-Generalversammlung, etwa den thematischen Bericht 2024 über [Investoren, ESG und Menschenrechte](#), um die zentrale Rolle der grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit hinsichtlich der wirksamen Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte zu stärken. Die IAO und ihre Mitgliedsgruppen nehmen außerdem am [Forum der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte](#) teil.
30. Die Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte haben die Regierungen zu Initiativen für eine stärkere Achtung der Menschenrechte in der Wirtschaft und in den Lieferketten angeregt, was erhebliche Auswirkungen auf Unternehmen aller Größen haben wird, insbesondere jedoch auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die eine steilere Lernkurve bei gleichzeitig geringeren Ressourcen zu bewältigen haben. Für das Amt bedeutet dies, dass es die KMU verstärkt bei der Einhaltung der nationalen Gesetze, der Achtung der Menschenrechte, der Formalisierung und Produktivitätssteigerungen unterstützen muss.
31. In Zusammenarbeit mit dem OHCHR und dem UNDP war die IAO Mitgliedsgruppen in Afrika, Asien und Lateinamerika dabei behilflich, sich an der Entwicklung und/oder Umsetzung von nationalen Aktionsplänen für Wirtschaft und Menschenrechte zu beteiligen. So wird im kürzlich in Peru angenommenen nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte die Bedeutung der Arbeitnehmerrechte für die Agenda im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte unterstrichen, und es werden konkrete Verpflichtungen zur Förderung und Verwirklichung von menschenwürdiger Arbeit eingegangen.
32. Die vom UN-Menschenrechtsrat eingesetzte [offene zwischenstaatliche Arbeitsgruppe für transnationale Unternehmen und andere Wirtschaftsunternehmen im Hinblick auf die Menschenrechte](#) setzte die Verhandlungen über ein internationales rechtsverbindliches Instru-

¹⁸ Anlässlich des 75. Jahrestages der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 verpflichtete sich die Internationale Arbeitgeber-Organisation (IOE), „das Bewusstsein für die wichtigsten internationalen Instrumente, Initiativen und Politikkonzepte mit Auswirkungen auf Unternehmen, etwa die Leitprinzipien der Vereinten Nationen, die MNU-Erklärung der IAO und die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, zu schärfen“.

ment zur Regelung der Tätigkeiten transnationaler Unternehmen und anderer Wirtschaftsunternehmen im Rahmen der internationalen Menschenrechtsnormen fort. Auf der [neunten Sitzung](#) (2023) wurden Änderungen am Textentwurf des Instruments erörtert, die sich auf die MNU-Erklärung beziehen.

2. Verantwortungsbewusstes unternehmerisches Handeln

33. Die OECD aktualisierte 2023 die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln. Bei der Präsentation dieser Leitsätze auf einer OECD-Ministertagung begrüßten die Minister in ihrer [Erklärung über die Förderung und Erleichterung verantwortungsbewussten unternehmerischen Handelns in der globalen Wirtschaft](#) die Förderung eines solchen Handelns in internationalen und regionalen Foren, darunter der UN, der IAO, der Welthandelsorganisation (WTO), der G7, der G20, der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN), und forderten ein kohärentes Vorgehen der internationalen Partner bei der Förderung robuster Praktiken eines verantwortungsbewussten unternehmerischen Handelns. Die OECD-Mitgliedstaaten verpflichteten sich außerdem, die NKS als nationalen Mechanismus zur Förderung der Umsetzung der OECD-Leitsätze durch Öffentlichkeitsarbeit und spezifische Instanzen weiter zu stärken. Die IAO stellte während des [Überarbeitungsprozesses](#) fachliche Beiträge bereit und entsandte hochrangige Vertreter zur OECD-Ministertagung über verantwortungsbewusstes unternehmerisches Handeln.
34. Zur Verbesserung der Rechenschaftslegung und Transparenz legte der Globale Pakt der UN ¹⁹ seine neue Fortschrittsmitteilung mit einer Reihe obligatorischer Fragen, auch zu Arbeitsgrundsätzen, vor. Das neue Berichterstattungssystem, zu dem das Amt fachliche Beiträge lieferte, wird durch Instrumente wie [den gemeinsamen Lernplan des Globalen Paktes der UN und der IAO für Unternehmen „Advancing decent work through the UN Global Compact Labour Principles“](#) unterstützt. Im September 2023 startete der Globale Pakt seine [Initiative „Forward Faster“](#), in der die IAO im Rahmen ihrer umfassenderen Unterstützung für den Globalen Pakt der UN zu den Arbeitsgrundsätzen, die sich auf nationaler Ebene auch auf die lokalen Netzwerke des Globalen Paktes erstreckt, bei Fragen im Zusammenhang mit existenzsichernden Löhnen, Geschlechtergleichstellung und gerechten Übergänge mitarbeitet.

3. Handel, Investitionen und Lieferketten

35. Unter japanischem Vorsitz [bekräftigten die Handelsminister der G7](#), wie wichtig es ist, die Achtung der Menschenrechte und der internationalen Arbeitsnormen in der Wirtschaftstätigkeit und den globalen Lieferketten zu fördern, und verwiesen dabei auf die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, die MNU-Erklärung sowie die Leitsätze der OECD für multinationale Unternehmen zu verantwortungsvollem unternehmerischem Handeln. Außerdem begrüßten sie den von Japan und der IAO gemeinsam organisierten Dialog mit den asiatischen Ländern. ²⁰
36. 110 WTO-Mitglieder schlossen die Verhandlungen über das [Abkommen zur Erleichterung von Investitionen für die Entwicklung](#) ab, das auf der 13. WTO-Ministerkonferenz (Februar 2024) angenommen werden dürfte. Ziel des Abkommens ist es, die Übernahme von Grundsätzen

¹⁹ Die IAO ist einer der vier „Hüter“ der zehn Grundsätze des Globalen Paktes der UN, und die IOE und der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) sind Mitglieder des Vorstands des Globalen Paktes der UN.

²⁰ Die IAO und METI (das japanische Ministerium für Wirtschaft, Industrie und Handel) richten gemeinsam eine Dialogveranstaltung zu verantwortungsbewusstem unternehmerischem Handeln in Jakarta, Indonesien, aus.

und Standards eines verantwortungsbewussten unternehmerischen Handelns durch Investoren und Unternehmen zu fördern und die Mitglieder so dabei zu unterstützen, bessere und qualitativ hochwertigere Investitionen anzuziehen, die zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen.

37. Investitionsabkommen, etwa das kürzlich angenommene [Protokoll über Investitionen zum Abkommen über die afrikanische kontinentale Freihandelszone](#), beinhalten zunehmend höhere Erwartungen an Investoren in Bezug auf soziale Verantwortung, den Schutz der Menschenrechte und die nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen sowie zuweilen auch entsprechende Verpflichtungen.
38. Die IAO, der Weltverband der Investitionsförderungsagenturen, die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD), die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung und die OECD arbeiten eng zusammen, um die Investitionsförderungsagenturen in die Lage zu versetzen, die Investitionsförderung an den SDG und den nationalen Prioritäten in Bezug auf menschenwürdige Arbeit auszurichten.²¹ Die IAO nahm auf leitender Managementebene an dem von der UNCTAD einberufenen [8. Weltinvestitionsforum](#) teil und legte während der Weltinvestitionskonferenz auf einer gemeinsamen Sitzung mit dem Weltverband der Investitionsförderungsagenturen den Bericht [Assessing the Impact of FDI on Decent Work: Exploring KPIs for Foreign Direct Investment Impact Assessment](#) vor. Die IAO trat der globalen Plattform World Investment for Development Alliance ([WIDA](#)) bei, die Partnerschaften zwischen internationalen Organisationen zur Schaffung eines globalen Förderumfelds für nachhaltige Investitionen mobilisiert. Die von der UNCTAD geleitete Global Alliance of Special Economic Zones ([GASEZ](#)) fördert [SDG-Modellzonen](#). Das Amt wird auf diesen Kooperationen aufbauen, um die Mitgliedsgruppen auch weiterhin in die Lage zu versetzen, ausgehend von den Leitlinien der MNU-Erklärung nachhaltige Investitionen anzuziehen.

4. Nachhaltigkeitsberichterstattung und Offenlegung

39. Unternehmen und in zunehmendem Maße auch der Finanzsektor müssen neben ihren finanziellen auch ihre sozialen und ökologischen Leistungen offenlegen. Das Amt bildet zusammen mit der IOE und dem IGB den Fachausschuss für die [Überarbeitung der arbeitsbezogenen Themenstandards der Globalen Berichterstattungsinitiative](#) (GRI) und gab Feedback zu dem neuen [Klimawandel-Standard](#) der GRI, um eine bessere Ausrichtung an den IAO-Leitlinien für einen gerechten Übergang zu einer ökologisch nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft für alle und den Grundsätzen der MNU-Erklärung sicherzustellen. Außerdem leistete das Amt Beiträge zur Konsultation der Europäischen Kommission über die [Verordnung über nachhaltigkeitsbezogene Offenlegungspflichten im Finanzdienstleistungssektor](#) und ist im Fachausschuss der [Social Performance Task Force](#) vertreten, die Leistungsstandards für Akteure im Bereich der finanziellen Inklusion formuliert, unter anderem in Bezug auf sichere und gerechte Arbeitsbedingungen und Arbeitsschutz. Darüber hinaus unterstützt die IAO das UNDP bei der Festlegung des Konzepts einer Arbeitsgruppe zum Thema Ungleichheit und Offenlegung von Finanzinformationen mit sozialem Bezug.

²¹ Die intensivere Zusammenarbeit mit Investitionsförderungsagenturen aus den am wenigsten entwickelten Ländern wurde durch finanzielle Unterstützung aus dem erweiterten integrierten Rahmenplan der WTO gefördert. Anlässlich der Fünften Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder betonte [der Generaldirektor des IAA, Gilbert F. Hounbo](#), die Rolle der MNU-Erklärung in Bezug darauf, die am wenigsten entwickelten Länder bei der Förderung von Investitionen zu unterstützen, die Möglichkeiten für menschenwürdige Arbeit eröffnen.

► Beschlussentwurf

40. Der Verwaltungsrat

- a) ersuchte den Generaldirektor, seine Orientierungshilfe zu berücksichtigen, um die Förderung der Dreigliedrigen Grundsaterklärung über multinationale Unternehmen und Sozialpolitik (MNU-Erklärung) und ihrer operativen Instrumente zu stärken, auch im Zusammenhang mit relevanten Entwicklungen außerhalb der IAO, und
- b) beschloss,
 - i) die regionalen Folgemaßnahmen zur MNU-Erklärung, die in Anhang II der MNU-Erklärung aufgeführt sind, vorübergehend auszusetzen,
 - ii) die regionalen Folgemaßnahmen während der Versuchsperiode 2024–28/2025–29 am neuen Format der IAO-Regionaltagungen auszurichten, und
 - iii) auf der Grundlage eines Berichts zu bewerten, wie die Regionen die regionalen Folgemaßnahmen der MNU-Erklärung während der Versuchsperiode optimal genutzt haben, und zu entscheiden, wie mit dem regionalen Folgemechanismus verfahren werden soll.